



Gerhard Lein, MdHB  
Christel Oldenburg, MdHB  
Ties Rabe, MdHB

Schulfrieden in der Stadt führen? Das hängt von einem möglichen Volksentscheid im Juli, aber auch von der Art unseres Wahlkampfes um diesen Volksentscheid ab. Bürgerschelte und Kampfpaparen schaffen keinen Frieden.

In der Sache hat die SPD- Verhandlungskommission - Olaf Scholz, Michael Neumann, Inka Damerau und ich – in zähen Verhandlungen erhebliche Verbesserungen im Schulgesetz durchgesetzt. Die Erfolgsformel: „Die SPD setzt Qualität, Kostenentlastungen und Elternbeteiligung durch - die Grünen bekommen ihre Primarschule.“ Die von der SPD durchgesetzten Verbesserungen sind:

1. Sorgfältige Planung: Die Primarschule wird bis zum Schuljahr 2012/13 verbindlich eingeführt. Die schulischen Gremien können bis dahin entscheiden, wann ihre Schule zur Primarschule wird. Die Eltern entscheiden bis dahin, ob ihre Kinder nach der vierten Klasse in die fünfte Klasse einer weiterführenden Schule wechseln. Damit werden die Planungen um ein Jahr entschleunigt – Zeit, die dringend nötig ist, um die Reform sorgfältig vorzubereiten.
2. Deutlich kleinere Klassen: Die Klassen 1-6 dürfen höchstens 23 Schüler groß sein, in sozial benachteiligten Gebieten sogar nur 19 Schüler. Eltern haben darauf einen Rechtsanspruch. Dagegen hatten sich die Grünen bis zuletzt gewehrt.
3. Entlastungen für Familien: Das Büchergeld wird zum Sommer 2010 abgeschafft.
4. Beteiligung der Eltern: Das bisherige Elternwahlrecht zum Besuch einer weiterführenden Schule wird ohne Abstrich auf die neue Schulstruktur übertragen.
5. Mehr Qualität für die Primarschule: Eine Primarschule startet erst, wenn es genügend Räume und Fachlehrer gibt, wenn alle Kollegen fortgebildet wurden und wenn die Schulinspektion die Schule geprüft hat. Bei Schulen mit zwei Standorten sollen Schüler von der ersten bis zur sechsten Klasse an einem Standort bleiben.
6. Abitur an der Stadtteilschule: Alle Stadtteilschulen führen über eigene 11. Klassen in eigene Oberstufen. Bei wenigstens 25 Oberstufenschülern soll diese Oberstufe sogar am eigenen

Standort eingerichtet werden.

7. Zehn Jahre Schulfrieden. CDU, SPD und GAL verpflichten sich, zehn Jahre lang die neue Schulstruktur nicht mehr zu verändern.



**„Die SPD setzt Qualität, Kostenentlastungen und Elternbeteiligung durch.“**

In der Öffentlichkeit und in der Partei gab es viel Lob für die von der SPD durchgesetzten Verbesserungen. 284 Delegierte des SPD-Parteitag stimmten am Wochenende bei nur zwei Gegenstimmen für den Kompromiss. Aus Kreisen der Senatsparteien wurden Schulexperten mit dem Satz zitiert: „Die einzigen echten Verbesserungen des Schulgesetzes hat die SPD durchgesetzt.“ Das sehen wir genauso. (Ties Rabe)

## Rechnungshof rügt den Senat

Die Hamburger Verwaltung verschwendet immer noch Steuergelder in Millionenhöhe, weil sie Zuwendungen ohne ausreichende Kontrolle vergibt und oft keine ausreichenden Zielvereinbarungen mit ihren Auftraggebern vereinbart. Das geht aus dem neuen Bericht des Landesrechnungshofs hervor. Gleich mehrfach nehmen sich die Prüfer die Kulturbehörde vor. Die Kontrolleure bemängeln, dass die Behörde über Jahre Erhöhungen ihrer Rahmenzuweisungen im Stadtteilkulturbereich überwiegend mit unverändertem Schlüssel verteilt haben. Neue Träger haben keine Chance, in die Verteilung der Zu-